

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Gruppe Wasserburg am Inn
Homepage: <https://amnesty-wasserburg.de/>
Mail: info@amnesty-wasserburg.de

SPENDENKONTO 80 90 100. Bank für Sozialwirtschaft. BLZ 370 205 00
BIC BFSWDE33XXX. IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00
Verwendungszweck: Gruppennummer 0012



PRESSEINFORMATION / TERMINHINWEIS



Landtagswahl in Bayern: Menschenrechte gefragt

Die Region Süd von Amnesty International in Deutschland ruft die Kandidierenden zur Landtagswahl in Bayern auf, sich menschenrechtlichen Anliegen im Wahlkampf und in der bayerischen Politik anzunehmen. Dazu haben Gruppen und Mitglieder in dem Bundesland Fragen und Forderungen an die Landtagskandidat*innen aus ihren jeweiligen Wahl- und Stimmkreisen gerichtet sowie Postkarten mit verschiedenen Amnesty-Forderungen in der Öffentlichkeit verbreitet.

Angelika Kasper, Landeslobbybeauftragte der Region Süd bei Amnesty International in Deutschland, sagt: „Ob individuelle Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamt*innen, der Einsatz des Präventivgewahrsams oder ein Queerer Aktionsplan – auch in Bayern muss sich die Politik mit menschenrechtlichen Anliegen beschäftigen. Im Rahmen unserer aktuellen Bayernweiten Aktion wenden wir uns direkt an Kandidierende für den neuen Landtag, bringen unsere Forderungen und Positionen zu wichtigen regionalen Themen aber auch in die breite Bevölkerung.“

Die Amnesty International Gruppe Wasserburg am Inn veranstaltet hierzu einen

Informationsstand

Wann: Samstag, 16. September 2023 von 10:30 – 13:00 Uhr

Wo: Altstadt, Salzsenderzeile 3, 83512 Wasserburg am Inn

Unsere Forderungen im Überblick:

- **Präventivgewahrsam** ist eine grundrechtsintensive Maßnahme. Da strafprozessuale Gewährleistungen wie die Unschuldsvermutung bei präventivem Gewahrsam nicht gelten, lehnt Amnesty International die Möglichkeit einer administrativen Inhaftierung grundsätzlich ab. Eine polizeiliche Ingewahrsamnahme muss also in engem Zusammenhang mit erkennbaren, strafrechtlichen Vorwürfen stehen.
- Wie in vielen Bundesländern schon eingeführt, fordern wir die **individuelle Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamt*innen** auch in Bayern – sie dient der Aufklärung von widerrechtlicher Polizeigewalt, besserer Transparenz und stärkt auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei.
- Wir fordern die Einrichtung einer **unabhängigen Beschwerdestelle** für die Aufarbeitung von Vorwürfen gegen Polizist*innen bei Anwendung unverhältnismäßiger Gewalt oder Misshandlung.
- Die **Polizei** muss durch ihre Ausbildung und durch regelmäßige verpflichtende Fortbildungen zu **Vielfaltskompetenz** befähigt und für Diskriminierung sensibilisiert werden, um nicht selbst diskriminierend zu handeln und um Menschen zu ihren Rechten zu verhelfen.
- Wir fordern ein **Verbot von profilbildenden und risikobewertenden Künstlicher-Intelligenz-Systemen** in der Strafverfolgung und Strafjustiz und nehmen Stellung zu dem Einsatz von **Distanz-Elektroimpulsgeräten (DEIG, sog. Tasern)**.
- Ein **Queerer Aktionsplan für Bayern** muss formuliert und ausgestaltet werden, um Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTIQ-Personen sichtbar zu machen und konkrete Maßnahmen dagegen einzuleiten.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie diese Veranstaltung ankündigen, besuchen und über unsere Aktion berichten würden. Für Rückfragen etc. stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Ihre
Amnesty International
Gruppe Wasserburg am Inn

